

## Kein Bauboom im Saarland!

### Umsatzanstieg bleibt deutlich unter Vorjahreswert und weit entfernt von der Bundesentwicklung

Wenn in der hiesigen Berichterstattung immer wieder vom Bauboom die Rede ist, so wird nicht ausreichend differenziert. Per Definition bedeutet Bauboom: „Eine ausgeprägte Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität, die sich in hohen Wachstumszahlen, einer deutlich über dem Normalwert liegenden Kapazitätsauslastung, einer spürbaren Beschäftigungszunahme und in der Regel einer erhöhten Inflationsrate niederschlägt.“

Auf die Entwicklung im Bund mag diese Definition in Ansätzen zutreffen, für die saarländische Bauwirtschaft gilt dies nicht.

Dennoch kann sich auch die saarländische Bauwirtschaft über das Jahr 2016 nicht beklagen. Die reinen Zahlen sind erneut positiv. Der Umsatz stieg um 2,2 % (3 % im Jahr 2015), die Beschäftigung stieg erneut um 0,4 % an (im Jahr 2015 waren es + 0,3 %). Nochmals zum Vergleich: Fast dreimal mehr betrug die Steigerung beim Umsatz im Bund (6,3 %); und fast siebenmal mehr der Anstieg bei der Beschäftigung (+ 2,4 %).

Gerade bei der Beschäftigung hätte im Saarland der Anstieg dabei durchaus deutlicher ausfallen können. Bereits zum dritten Mal in Folge zeigen die Jahreswerte leicht nach oben. Die Firmen hätten jedoch die Beschäftigung weiter aufbauen können, wäre denn entsprechend geeignetes Personal verfügbar. Der Fachkräftemangel hat einen deutlicheren Anstieg verhindert; dennoch scheint die magische Grenze von 9.000 Beschäftigten in der saarländischen Bauwirtschaft wieder erreichbar.

Erfreulich ist auch, dass bei der Umsatzsteigerung eine gewisse Kontinuität, wenn auch auf niedrigem Niveau, eingetreten ist. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich in diesem Punkt ein weiterer Unterschied zu den Bundeszahlen. Im Hochbau ging der Umsatz im Saarland im Jahr 2016 um 4 % zurück, während er im Straßen- und Tiefbau um 12 % zunahm. In der Bundesrepublik verteilen sich die Werte gleichmäßiger (+ 6,5 % im Hochbau, + 5,9 % im Straßen- und Tiefbau). Während also im Saarland im Straßen- und Tiefbau die öffentlichen Auftraggeber (nicht zuletzt durch die ein oder andere Brückensperrung letztlich veranlasst) für Zuwachs sorgten, steht dies für den öffentlichen Hochbau des Landes und der Kommunen noch aus. Der Auftragseingang lässt hier noch wenig Hoffnung zu. Die Diskrepanz zeigt sich auch dort, ist doch der Auftragseingang im Hochbau mit minus 0,7% in den roten Zahlen, während er im Straßen- und Tiefbau mit 15,2% deutlich im Plus liegt.

## **Ausblick 2017: Bauwirtschaft darf sich auf gutes Baujahr freuen!**

Für 2017 wird eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufwärtstrends erwartet. Im achten aufeinander folgenden Jahr wird der Wohnungsbau – zumindest auf Bundesebene - das stärkste Wachstum aller Bausparten des Bauhauptgewerbes aufweisen.

Auch im Öffentlichen Bau zeichnet sich eine positive Entwicklung ab. Die stete Kritik der Bauwirtschaft am Zustand der Infrastruktur und an der Investitionszurückhaltung der öffentlichen Hand hat Früchte getragen. Die Investitionswende ist zumindest im Bereich der Bundesverkehrswege eingeleitet. Der von Bundesverkehrsminister Dobrindt initiierte Investitionshochlauf wird sich auch 2017 in der Produktion des Bauhauptgewerbes bemerkbar machen. In der Praxis hat auch auf Länderebene ein Umdenkungsprozess eingesetzt; nun ist es wichtig, dass unter der neuen Landesregierung die Mittel auch in konkrete Projekte umgesetzt werden und nicht mit Hinweis auf die Schuldenbremse und/oder durch den Mangel an Planungskapazitäten auf Länderebene zurückgefahren oder ausgesetzt werden.

Hoffnungen setzt die Bauwirtschaft im neuen Jahr allerdings vor allem auf die Kommunen. Deren Personalkapazitäten waren in den vergangenen beiden Jahren vor allem durch die Erstaufnahme der Flüchtlinge gebunden. Dies hat u. a. dazu geführt, dass vom Kommunalinvestitionsförderungsfonds, den der Bund 2015 mit 3,5 Mrd. Euro ausgestattet hatte, im Herbst 2016 erst 1,1 Mrd. Euro abgerufen waren. Nachdem sich die Flüchtlingszahlen nun auf niedrigerem Niveau stabilisiert haben, dürften die Kommunen 2017 in der Lage sein, mit Hilfe des Fonds die dringend notwendigen Schulsanierungen anzugehen. Dies gilt umso mehr, als der Fonds zum Jahresende 2016 auf insgesamt 7 Mrd. Euro aufgestockt wurde und die Kommunen durch die Lockerung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich die Mittel freier verwenden dürfen. Die Zuwendungen des saarländischen Innenministers Bouillon in Höhe von insgesamt 20 Mio. Euro an die Städte für Straßenbaumaßnahmen sollten ein weiterer Anreiz sein, in die marode Infrastruktur zu investieren.

In diesem Zusammenhang nun ein aktuelles Stimmungsbild aus unseren Unternehmen aus der letzten Beiratssitzung:

Im Vergleich zu den anderen Gewerken des Bau- und Ausbaugewerbes gestaltet sich die Auftragslage im Dachdeckerhandwerk unbefriedigend. War das saarländische Dachdeckerhandwerk schon im Jahr 2016 unter dem Bundesdurchschnitt, so zeichnet sich für das Jahr 2017 kein deutlich besseres Bild ab. Im Hoch- und im Straßenbau hingegen ist die Grundstimmung deutlich besser, es liegt eine zufriedenstellende Auftrags- und Beschäftigungslage vor. Erstmals seit Jahrzehnten konnte gerade im Straßen- und Tiefbau eine frühe Ausschreibungstätigkeit festgestellt werden; die von Minister Bouillon zur Verfügung gestellten 20 Mio. Euro werden von den Kommunen zügig ausgeschrieben. Gedämpft wird die Stimmung bei den Unternehmen jedoch durch sehr geringe Gewinnmargen, verursacht durch hohe Deponiekosten und die Steigerung der Baustoffpreise. Durch den zunehmenden Fachkräftemangel drohen weitere Gefahren: die Lohnkosten steigen, Spezialisten werden von der Konkurrenz abgeworben.

Insgesamt darf sich die Bauwirtschaft auf ein gutes Baujahr 2017 freuen. Wir dürfen dabei jedoch nicht die unter dem Aufschwung verborgenen Probleme aus den Augen verlieren, sei es der Mangel an baureifen Projekten im öffentlichen Bau, die Investitionsschwäche der gewerblichen Wirtschaft oder die Engpässe auf dem Bauarbeitsmarkt.

## **Was erwartet die Bauwirtschaft von der neuen Landesregierung?**

Die Wahlen sind vorüber und ich persönlich freue mich auf die Fortsetzung der konstruktiven Zusammenarbeit mit einer gut funktionierenden großen Koalition. Betrachtet man die inhaltliche Basis der einzelnen Politikfelder für die Verhandlungen, so stimmt dies zunächst einmal positiv. So herrscht weitgehend Einigkeit bei der Notwendigkeit zusätzlicher Investitionen in die Hochschulen und die Infrastruktur, also Straßen, Brücken, Breitband, Klinken und öffentliche Gebäude wie z.B. Schulen. Sprach die SPD im Wahlkampf von einem „Jahrzehnt der Investitionen“, will die CDU im Jahr 2020 das Investitionsvolumen im Landeshaushalt um 50 Mio. auf dann rund 400 Mio. Euro steigern und in der Folge um 2 % pro Jahr erhöhen. Die Bauwirtschaft begrüßt diesen „Investitionshochlauf“ im Saarland ausdrücklich und wird auch künftig mit Argusaugen darauf achten, dass diese Mittel nicht mit dem Argument der Schuldenbremse zurückgefahren und zweckgebunden eingesetzt werden.

Eine wesentliche Forderung der Bauwirtschaft in den vergangenen Jahren war die Verschlankung der Bauverwaltung bei gleichzeitiger Steigerung der Baukompetenz. Die Zusammenführung der bislang über mehrere Ressorts verstreuten Zuständigkeiten für alle Bau- und Infrastrukturthemen etwa bei Wirtschaft (Straßenbau), Finanzen (Hochbau), Innen (Bau-Aufsicht, Städtebau) oder Staatskanzlei (Breitband) in einem Ministerium wird ausdrücklich von der Bauwirtschaft begrüßt und unterstützt. Allerdings erlauben wir uns nochmals den Hinweis, dass die Bündelung vor allem unter dem Aspekt der Qualität vorgenommen und die Wiederbesetzungssperre bei Stellen, die zu einem Ausfall bis zu 1,5 Jahren führen kann, überdacht werden sollte.

Was auf Landesebene nun begonnen hat, muss nun auch bei den Kommunen seinen Niederschlag finden. So müssen die Verwaltungsstrukturen bei den Kommunen auf den Prüfstand kommen und eine wesentlich engere Zusammenarbeit angestrebt werden. Sollten die Kommunen allerdings für die kommenden Jahre zu keiner Einigung kommen, müsste im Sinne des Fortbestandes des Saarlandes eine Gebietsreform, wie von der CDU ins Gespräch gebracht, als „ultima ratio“ durchgeführt werden. Im Hinblick auf die Finanzlage der Kommunen sollten auch, wie von der Bauwirtschaft bereits mehrfach vorgeschlagen, neue Wege zur Beschaffung des notwendigen Kapitals für Investitionen eingeschlagen werden. Wir weisen in diesem Zusammenhang erneut auf die Einführung der wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge hin.

## Infrastruktur

Seit über 20 Jahren hatte der AGV Bau Saar darauf hingewiesen, dass die Infrastruktur verrottet. Erst durch die plötzliche Vollsperrung der Fechinger Talbrücke im Frühjahr 2016 ging ein Ruck durch das Saarland. Wurde vorher die Einhaltung der Schuldenbremse als Monstranz vor sich hergetragen, war plötzlich das Thema „Infrastruktur“, „Fahren auf Verschleiß“ und „Investitionsstau“ in aller Munde. Da wurde zur Krisenbewältigung eine „Task Force Brücken“ eingerichtet, Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer versprach eine weitreichende Reform der Behördenstruktur und Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger kündigte an, beim LfS kurzfristig Personal aufzustocken.

Dass die stete Kritik der Bauwirtschaft am Zustand der Infrastruktur und an der Investitionszurückhaltung der öffentlichen Hand nicht zuletzt aufgrund aktueller Ereignisse Früchte getragen hat, zeigt die nun eingeleitete Investitionswende – mit unterschiedlichen Reaktionszeiten in Bund, Land und Kommunen.

Durch den von Bundesminister Alexander Dobrindt zu Beginn des Jahres 2016 initiierten Investitionshochlauf stieg die Investitionslinie für die Infrastruktur allein im Jahr 2016 auf mehr als 13 Milliarden Euro. Bis 2018 soll sein Investitionshochlauf insgesamt 40 % ausmachen. Für die Autobahnen und die Bundesstraßen standen 2016 rund 7,4 Milliarden Euro zur Verfügung; dabei galt der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“. Damit gab es vergangenes Jahr so viele Mittel wie nie zuvor für den Bau, den Erhalt, die Modernisierung und den Betrieb der Bundesfernstraßen in Deutschland. Das entspricht für 2016 einer Rekorderhöhung um 19 Prozent bzw. 1,17 Milliarden Euro mehr gegenüber dem Haushaltsansatz 2015. Die Investitionswende bescherte der Bauwirtschaft bundesweit ein Plus bei den Auftragseingängen von rund 9 %.

In der Zwischenzeit hat auch im Saarland der Investitionshochlauf – zumindestens in kleinerem Umfang - begonnen. In einem Sonderprogramm versprach Innenminister Bouillon zu Beginn des Jahres 2017 allen Städten und Gemeinden sechsstellige Summen für ihre Straßen zuzuteilen, und zwar ohne dass die Kommunen einen Eigenanteil leisten müssten. Laut Bouillon können nun mit 20 Mio Euro 200 Kilometer Straße saniert werden. Die avisierten 20 Millionen reichen jedoch bei Weitem nicht aus, um den Sanierungsstau bei den kommunalen Straßen aufzulösen. Darüber hinaus kann man nicht ohne weiteres davon ausgehen, dass die Mittel für die Sanierung von 200 km Straße ausreichen. Da vielerorts vor allem die sog. Grundhafte Erneuerung von Kommunalstraßen dringend erforderlich ist, ist diese Zahl nicht belastbar.

Ebenfalls zu Beginn des Jahres 2017 versprach Verkehrsministerin Anke Rehlinger mehr zu investieren. Von den 1500 Kilometern Landstraße im Saarland sind 630 Kilometer in einem schlechten Zustand. Damit sich der Zustand der Landstraßen nicht weiter verschlechtert, müsste das Land pro Jahr 27,5 Millionen Euro in die Sanierung stecken. Im saarländischen Haushalt sind derzeit aber nur 16 Millionen Euro für die Erhaltung der Landstraßen und der 400 Brücken des Landes vorgesehen. Durch Personaleinstellungen beim LfS sollte, so die saarländische Verkehrsministerin, zudem dafür gesorgt werden, dass Bundesmittel künftig voll ausgeschöpft würden.

Was für die Bauverwaltung auf der einen Seite gilt, gilt auf der anderen Seite auch für die Unternehmen der Bauwirtschaft. Denn nur mit einem ausreichenden Personalstamm können die zu bewältigenden Aufgaben geleistet werden. Daher ist es für die Bauwirtschaft aus unternehmerischer Sicht wichtig, in Politik und Verwaltung einen zuverlässigen Partner an ihrer Seite zu haben, der mit mittel- und langfristigen Planungen sowohl die eigene Investitions- und Personalplanung als auch die der Unternehmen nachhaltig sicherstellt.

## **Allianz für Reformen – mit neuen Strukturen die Zukunft gewinnen!**

Das Saarland braucht, wenn es als Wirtschafts- und Lebensstandort konkurrenzfähig bleiben will, möglichst rasch eine breit angelegte und ausreichend dotierte Investitionsoffensive. Sie ist nötig, um zwei existenziell wichtige Ziele zu erreichen:

Erstens gilt es, denn zum Teil beträchtlichen Sanierungs- und Modernisierungstau in der öffentlichen Infrastruktur schrittweise abzubauen. Dringender Investitionsbedarf besteht insbesondere bei Straßen, Brücken und Abwasserkanälen, bei Hochschulen und Krankenhäusern sowie auch bei Mehrzweckhallen und Schwimmbädern. Ursache ist, dass die öffentliche Hand (Land und Kommunen zusammen) im Saarland in den letzten Jahren deutlich weniger investiert hat, als die übrigen Länder im Schnitt. Seit 2005 hat sich eine kumulierte Investitionslücke von mehr als einer Milliarde Euro aufgetan.

Zweitens braucht das Saarland wieder ausreichen dimensionierte Leitinvestitionen, um im Länderwettbewerb Schritt halten und Zukunftschancen nutzen zu können. Vorrang sollten dabei der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Richtig Gigabit-Gesellschaft, die Revitalisierung von Ortskernen und Zentren, die Attraktivitätssteigerung von öffentlichen Gebäuden und Plätzen und die bessere technische Ausstattung von Hochschulen, Schulen und Berufsbildungszentren haben. Auch touristische Leitinvestitionen und der Bau des geplanten Kongress- und Messezentrums könnten dem Land positive Entwicklungsimpulse geben.

Um beide Ziele erreichen zu können, ist es nötig, die Investitionsbudgets von Land und Kommunen jährlich um gut 150 Mio. Euro aufzustocken. Rund 100 Mio. Euro sind nötig, um die Investitionslücke zum Schnitt der Länder wieder zu schließen. 40 Mio. und mehr werden erforderlich sein, um den Sanierungstau in einem überschaubaren Zeitraum abzubauen. Ohne einen solchen Investitionsschub droht das Land schon bald in eine Abwärtsspirale aus schwindender Attraktivität, rückläufigen privaten Investitionen, Wachstumsschwäche, sinkender Steuerkraft und Abwanderung zu geraten.

Die Investitionen von Land und Kommunen sollten eingebettet werden in eine Investitionsplanung 2025, die möglichst verbindlich festlegt, welche Projekte wann auf der Zeitschiene realisiert werden sollen. Grundlage für diese Planung sollte eine umfassende Bestandsaufnahme sein, in der die zur Sanierung und Modernisierung der Infrastruktur erforderlichen Investitionen verlässlich quantifiziert werden. Zudem sollten sich Land und Kommunen auf eine Liste prioritärer Leitinvestitionen verständigen.

Um den erforderlichen finanziellen Spielraum für mehr Investitionen zu schaffen, wird es nötig sein, die konsumtiven Ausgaben weiter zurück zu fahren; dies insbesondere im Bereich von Kreisen und Kommunen. In erforderlichem Maß kann das nur gelingen, wenn die inneren Verwaltungsstrukturen des Landes in den nächsten Jahren grundlegend reformiert werden.

Das ist das Fazit eines Positionspapiers, das die „Allianz für Reformen“, der auch der AGV Bau Saar angehört, im Dezember 2016 vorgelegt und bereits in zwei Veranstaltungen im Saarbrücker Schloss und erst vergangene Woche in St. Ingbert einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und mit Vertretern aus Politik und Kommunen diskutiert hat. Mit ihrem Positionspapier will sich die Allianz offensiv an der Diskussion über Konzepte und Reformen zur Zukunftssicherung des Landes beteiligen. Die Allianzpartner begrüßen es, dass im Land bereits eine Diskussion über mögliche und nötige Strukturreformen begonnen hat. Die Allianz

ist der festen Überzeugung, dass eine mutige Reformpolitik bei der Bevölkerung auf eine positive Resonanz stoßen wird.

**Claus Weyers (V.i.S.d.P)**  
**Hauptgeschäftsführer**

**Kirsten Schilt**  
**Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**  
**AGV Bau Saar, Kohlweg 18, 66123 Saarbrücken**

***Sperrfrist: 4. April 2017, 12.00 Uhr***

Der AGV Bau Saar ist ein Fach- und Arbeitgeberverband der saarländischen Bauwirtschaft und vertritt rund 800 saarländische Unternehmen der Bau- und Ausbaubranche sowie der Baustoffindustrie.

**Der diesjährige Infotag „AZUBI am BAU“ findet statt am  
12. Mai 2017, 09.00 – 12.00 Uhr  
Ausbildungszentrum Bau, Schafbrücke**

**Weitere Infos unter [www.azubi-am-bau.com](http://www.azubi-am-bau.com)  
in Facebook unter „AZUBI am BAU“  
auf Facebook unter „AZUBI am BAU“**